

WALK & More

Thema: Europa



Das ist Alex. Alex geht am 26. Mai wählen.
Alex ist cool. Sei wie Alex.



FAIR STARK MITEINANDER.

Segeltörn auf der Ostsee

Gemeinsam Grenzen achten auf hoher See
In dieser besonderen Schulung werden wir uns intensiv mit dem Präventionsprogramm FAIR. STARK.MITEINANDER. zu Grenzverletzungen und sexualisierter Gewalt beschäftigen. Die Atmosphäre auf dem Segelschiff „Sigandor“ bietet dazu einen optimalen Rahmen.
Gemeinsam mit dem erfahrenen Kapitän und seiner Crew werden wir die Ostsee erkunden und bei allen anfallenden Arbeiten unterstützen: Von Kartoffeln schälen bis zum Segel einholen.
Die „Sigandor“ ist ein Traditionsschiff. Mit Sonne, Wind und Meer werden wir wie vor 100 Jahren segeln.

Der Lehrgang wird mit 12 UE für die JuLeiCa-Verlängerung angerechnet.

Termin: 14. – 21.07.2019

Ort: Ostsee

Teilnehmende: mind. 8 Personen, ab 14 Jahren

Kosten: Mitglieder 120 Euro / Nichtmitglieder 150 Euro /
Rabatt mit JuLeiCa 10 Euro

Leistungen: Programm, Unterkunft, Verpflegung

Leitung: Barbara Matz und Jasmin Rieß

Anmeldeschluss: 16.06.2019

Veranstalterin: DWJ im Pfälzerwald-Verein und DWJ Bundesverband



Ausbildung zum/zur Jugendwanderführer_in

Begeistere Jugendliche für Draußenaktivitäten
Die Aufgabe einer Jugendwanderführung ist es, Kinder und Jugendliche für das Wandern zu begeistern. Doch das ist kein Selbstläufer. Welche Motivation hinter Wanderungen und anderen Draußenaktivitäten steckt und wie Du diese genau weckst, wollen wir Dir an diesem Wochenende zeigen. Auch lernst Du einzuschätzen, wie Du als Jugendwanderführer_in den Spagat zwischen Deiner Verantwortung und Eigenbestimmung Deiner Wandergruppe hinbekommst.

Wenn Du bereits ausgebildete Wanderführung oder Jugendgruppenleitung bist, möchten wir Dir hier die Möglichkeit bieten, beides miteinander zu verknüpfen. Das Ziel ist, dass Du und Deine Wandergruppe gemeinsam unterwegs Spaß und eindrückliche Erlebnisse haben werden.
Voraussetzung für die Vergabe des Zertifikats zur Jugendwanderführung ist eine gültige JuLeiCa oder die Wanderführer_in-Ausbildung des DWV.



Termin: 20. – 22.09.2019

Ort: Kassel

Teilnehmende: max. 22 Personen, ab 16 Jahren

Kosten: Mitglieder 30 Euro / Nichtmitglieder 60 Euro /
Rabatt mit JuLeiCa 10 Euro

Leistungen: Übernachtung, Verpflegung, Programm

Leitung: Jasmin Rieß und Torsten Flader

Anmeldeschluss: 08.09.2019

Veranstalterin: DWJ Bundesverband



Vorwort

Liebe Wahlberechtigte!

Leider betrifft diese Anrede nicht alle, die die WALK & more bekommen. Dabei bekommen unsere Verbandszeitschrift alle, die ein Amt in der DWJ haben oder ausgebildete Jugendleitung sind.

Viele unter 18-Jährige tragen Verantwortung und haben sich eine Meinung zu Politik und Gesellschaft gebildet; aber wählen dürfen sie nicht. Ab 14 Jahren ist man strafmündig, darf aber nicht mitbestimmen, wer denn diejenigen sind, die die Gesetze erlassen, an die man sich zu halten hat. Da dies ein deutlicher Widerspruch ist, setzt sich die DWJ gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring und vielen anderen Jugendverbänden für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein. #wahlaltersenken heißt unsere gemeinsame Kampagne und wir laden Euch ein, diese zu unterstützen, bspw. auf Facebook oder Instagram.

Die DWJ steht klar zu Europa und das höchste Gremium der DWJ, die Bundesdelegiertenversammlung, hat sich deshalb auch ganz klar pro Europa positioniert. Dieses Positionspapier findet Ihr hier im Heft, welches Euch außerdem einen Überblick über Europa, die EU und die Parteienpositionen kurz vor der Europawahl verschaffen soll.

Nicht nur in Europa wird gewählt, auch die DWJ hat dies gerade getan. Deshalb findet Ihr in dieser WALK & more neben Artikeln zu Europa, auch Berichte von den Wahlen bei der Bundesdelegiertenversammlung und in der Stiftung Wanderjugend.

Unsere Bitte und Einladung an Euch: Geht am 26. Mai wählen und entscheidet mit, wer dieses großartige Projekt eines geeinten Europas zukünftig voranbringen soll.

Viele Grüße,

Torsten Flader

Torsten Flader | Geschäftsführer

Inhalt

04	Antrag Pro-Europa DWJ
07	Deine Stimme – Dein Europa
09	Europa, die Europäische Union und der Euro
10	Die europäischen Institutionen
12	Schengen und Dublin
13	ERASMUS+
14	DWJ im Eifelverein – Europäische Jugendarbeit
16	Neues aus dem DWJ Bundesverband
22	kreuz & quer aus den Vereinen

Die Adressen der neuen Jugendleitungen

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass alle, besonders die neuen Jugendleitungen und Amtsinhaber_innen, die WALK & more erhalten. Liebe Hauptjugendwart_innen, Jugendleitungen, Geschäftsstellen, bitte sendet uns die Adressen und E-Mail-Adressen der „Neuen“ und alle Adressaktualisierungen. Vielen Dank.

Titelbild illustriert von Jasmin Rieß

Impressum

WALK & more erscheint vierteljährlich als Jugendzeitschrift der Deutschen Wanderjugend im Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine e. V., Querallee 41, 34119 Kassel
Tel: 0561 400498-0, Fax: 0561 400498-7

E-Mail: info@wanderjugend.de

Internet: www.wanderjugend.de, www.jugend-wandert.de, www.outdoor-kids.de, www.fair-stark-miteinander.de

V. i. S. d. P.: Torsten Flader

Redaktion & Layout: Jasmin Rieß, Torsten Flader

Mit Beiträgen von: Uwe Biermann, Franz Bittner, DBJR, Anna Fischer, Torsten Flader, Hannah Merkle, Jasmin Rieß, Silvia Röhl, Andreas Stahl, Barbara Wüst

Druck: PRINTEC OFFSET Medienhaus, Kassel

Redaktionsschluss Herbstaussgabe: 01. September 2019

ISSN: 1437-4676

Für Jugendleitungen der DWJ ist die „WALK & more“ kostenfrei.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion des Bundesverbandes der Deutschen Wanderjugend wieder.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Antrag für eine pro-europäische Positionierung der Deutschen Wanderjugend

Aufgrund der immer lauter werdenden antieuropäischen Stimmen in Europa und im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019 sowie die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 bekennt sich die Bundesdelegiertenversammlung 2019 der Deutschen Wanderjugend klar zu Europa. Grundlage dieser Positionierung sind Auszüge aus dem Positionspapier „Europa braucht uns – Wir brauchen Europa“, das der Deutsche Bundesjugendring auf seiner Vollversammlung am 26. und 27. Oktober 2018 in Dresden einstimmig beschlossen hat.

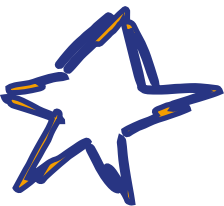


Europa ist für uns junge Menschen kein Projekt mehr, sondern eine Lebensrealität. Wir haben eine gemeinsame Währung, können frei reisen und arbeiten, begegnen uns und schließen Freundschaften. Dafür brauchen wir auch weiterhin ein starkes, demokratisches und solidarisches Europa. Wir haben der europäischen Integration viel zu verdanken, haben hohe Erwartungen an eine gemeinsame Zukunft und stehen deshalb zusammen für Europa ein.



Es ist höchste Zeit, sich laut und pro-europäisch zu positionieren für:

- ein demokratisches Europa
- ein jugendgerechtes Europa
- ein investierendes Europa
- ein soziales und gerechtes Europa
- ein nachhaltig entwickeltes Europa
- ein offenes und mobiles Europa
- ein weltoffenes und solidarisches Europa
- ein in Vielfalt geeintes Europa



Die im Lissabon-Vertrag verankerten europäischen Grundwerte müssen wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“



Dazu gehört auch, jungen Menschen in Europa Mitbestimmung zu ermöglichen. In Entscheidungsprozesse eingebunden zu sein, setzt voraus, dass junge Menschen bereits früh an Wahlen als zentralem Beteiligungsprozess



unserer demokratischen Gesellschaft einbezogen werden. Wir fordern, dass Kindern und Jugendlichen in Europa die Möglichkeit gegeben wird, wählen gehen zu können. In Europa wählen zu dürfen, soll sowohl für Menschen mit europäischer Staatsbürgerschaft als auch für Menschen mit Lebensmittelpunkt (bestimmbar beispielsweise über den Hauptwohnsitz) in Europa möglich sein.

Nicht zuletzt in der manipulativen Kampagne nationalisistischer Parteien zum Brexit-Referendum wurde deutlich, wie sich auch die Jugend zusehends von Parteienpolitik entfremdet. Parteien sind weder inhaltlich noch strukturell jugendfreundlich und erlauben kaum die Partizipation junger Menschen. Insbesondere für junge Frauen ist es schwierig, innerhalb der Parteien aufzusteigen. Es sind nur 0,5 Prozent der weiblichen Europa-Abgeordneten unter 30 Jahre alt. Zusätzlich fordern die wenigsten Parteien Verbesserungen in der Jugendpolitik. Beides muss sich ändern. Parteien sind Fundamente der Demokratie. Dazu braucht es aber eine generationengerechte innerparteiliche Demokratie: Jugendpolitik muss strukturell und ressortübergreifend mitgedacht und proaktiv organisiert werden.

Besonders junge Menschen wollen die Zukunft Europas mitgestalten. Wir erwarten von der europäischen Politik und den europäischen Parteien, dass sie ihrer Verantwortung hierfür gerecht werden und entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Junge Menschen sind Expert_innen ihres eigenen Lebens und sind deshalb für die Zukunft Europas entscheidend. Menschen unter 30 Jahren gehören zur ersten Generation, die mit der EU aufgewachsen sind. Das hat Konsequenzen für die Perspektive, mit der junge Menschen im Gegensatz zu älteren Generationen auf die EU schauen. Europäische Politik ist Zukunftspolitik, sie betrifft deshalb junge Menschen besonders stark.

Als strategischer Rahmen muss die EU-Jugendstrategie die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend stärken. Ziel muss es sein, in Verbindung mit den Förderprogrammen die Lebenssituation junger Menschen zu verbessern. Partizipation, Verbindlichkeit und gutes Monitoring sind wichtige Faktoren für ein Gelingen der Jugendstrategie. Als ein Instrument zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie muss der EU-Jugenddialog (Fortführung des Strukturierten Dialogs) Wirkung entfalten: Die EU-Jugendziele (EU Youth Goals) sind eine einmalige



Gelegenheit, die Arbeit von und den Dialog mit jungen Menschen in die EU-Politik einfließen zu lassen. Es braucht einen konstanten und starken Dialog zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger_innen, kein allgemeines Abfragen von Meinungen.

Europa kann nur gelingen, wenn möglichst viele daran mitwirken und sich an der Europa-Debatte beteiligen. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Jugendverbände und -ringe bringen sich ein. Die Bundesregierung muss ernsthafte Angebote zur Mitgestaltung der Zukunft Europas machen. Die von der Europäischen Kommission und der Bundesregierung initiierten Bürger_innen-Dialoge und der Strukturierte Dialog innerhalb der EU-Jugendstrategie sind erste gute Schritte. Es muss aber für die Menschen, insbesondere für junge Menschen, transparent sein, was sich durch ihren Input ändert. Aus der Erfahrung mit dem Strukturierten Dialog haben wir an den Anforderungskriterien für die Bürger_innen-Dialoge der Europäischen Bewegung Deutschlands mitgearbeitet: Besonders wichtig sind dabei regionale Ausgewogenheit, eine klare Zielsetzung und die Rückkoppelung der Ergebnisse.

Jugendverbände bringen junge Menschen zusammen und sind Orte gelebter Demokratie. Deshalb sind sie prädestiniert dafür, die Gesellschaft und Europa mitzugestalten. Es braucht gemeinsame Entscheidungsstrukturen auf europäischer und nationaler Ebene unter anderem in der europäischen Jugendpolitik und Förderung: Die Möglichkeiten des Co-Managements beim Erarbeiten und Beurteilen der jugendpolitischen Zusammenarbeit auf EU-Ebene sowie bei der Vergabe von Fördermitteln sollte auf europäischer Ebene zeitnah getestet werden. Zudem braucht es weitere Maßnahmen, um europäische Politik jugendgerechter zu gestalten: Wir setzen uns für einen Jugend-Check auf europäischer Ebene ein, der verbindlich verankert und ressortübergreifend angewendet wird.

Europa braucht finanziell eine Neuausrichtung: Als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte die Sparpolitik gerade in den südlichen Ländern und besonders bei jungen Menschen katastrophale Konsequenzen. Sie haben für die Fehler der Banken und der Politik bezahlt. Unser Europa – wie wir es hier beschreiben – garantiert allen Menschen ein Leben in Würde ohne Armut und sozialer Exklusion, es respektiert Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Dafür braucht es EU-Investitionen und keine Kürzung der so wichtigen Ausgaben in Bildung, Kultur, Soziales und Jugendpolitik. Deshalb setzen wir uns für einen demokratisch und rechtsstaatlich kontrollierten EU-Investitionsfonds beispielsweise für Bildung und Forschung ein.

Die EU kann nur erfolgreich sein, wenn neben der wirtschaftlichen Integration auch gemeinsame sozialpolitische Mindeststandards gesetzt werden. Nur so können der soziale Zusammenhalt und die Chancengerechtigkeit in Europa gestärkt werden. Solidarität zwischen Menschen und Mitgliedsstaaten muss eine europäische Priorität sein. Nicht zuletzt für die Legitimation der EU ist es entscheidend, dass die EU und die Mitgliedsstaaten gemeinsam in der Lage sind, für soziale Sicherheit und wirtschaftlichen Fortschritt zu sorgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Mitgliedsstaaten im nächsten Schritt gemeinsame und verbindliche Maßnahmen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik mit Zielvorgaben, wie etwa gemeinsame Standards für Arbeitsbedingungen wie Lohn und Mindestlohn, Arbeitslosenversicherung und Mindesteinkommen verabschieden. Die Maßnahmen sollen dabei explizit als Mindeststandards organisiert sein, um die nationalen Standards nicht zu unterwandern. Sie sollen einen Anreiz setzen, damit die Mitgliedsstaaten gemeinsame und bessere Sozialpolitik machen.

Außerdem sind höhere Investitionen in Bildung notwendig, besonders in politische Bildung, um Vorurteile abzubauen und um gegen den grassierenden Rassismus und Fremdenhass anzukämpfen.

Globale Herausforderungen wie etwa der Klimawandel, das Artensterben, globale Flucht- und Wanderungsbewegungen, soziale Ungleichheit, ungerechte Verteilung von Ressourcen und die Sicherung von Frieden machen keinen Halt vor nationalstaatlichen Grenzen. Längst müssen diese Themen im supranationalen Kontext behandelt werden. Mit der Vereinbarung des Pariser Klima-Abkommens und der Agenda 2030 mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) wurden internationale Leitlinien für eine nachhaltige Politik geschaffen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die genannten Leitlinien die Grundlage einer europäischen Politik bilden und konsequent – zusammen mit der jungen Generation – umgesetzt werden. Die EU muss in den kommenden Jahren einen ökologischen, sozialen und ökonomischen Wandel im Sinne einer generationengerechten Nachhaltigkeit einleiten und voranbringen, welcher eine sozial gerechte Lebenswelt mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft.

Darüber hinaus benötigt die EU eine langfristige Klimaschutzstrategie, die die Klimaneutralität bis 2050 zum Ziel haben muss. Nur so wird das Ziel des Pariser





Abkommens von deutlich unter zwei Grad Erderwärmung erreicht. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 in der EU um mehr als die Hälfte reduziert werden, die Minderung von Energieverbrauch sowie die Steigerung von Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden. Die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energieträgern in Europa muss struktur- und sozialverträglich bis zu einer unabhängigen, klimaneutralen Wirtschaft abgebaut werden. Die vermeintliche Lösung für eine klimaverträgliche Energieversorgung darf dabei nicht in der Atomenergie gesucht werden.

Umweltverträgliche Mobilität muss strukturell gefördert werden. Die europäischen CO₂-Grenzwerte sollten für PKWs und leichte Nutzfahrzeuge verschärft werden. Zudem muss der öffentliche Nahverkehr besonders im ländlichen Raum aus- und umgebaut werden. Nicht zuletzt muss auch der Gütertransport von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege verlagert werden.

Eine umwelt- und tiergerechtere Landwirtschaft mit möglichst regionalen Wertschöpfungsketten und strukturreichen Agrarlandschaften sollte das grundlegende Ziel einer europäischen Landwirtschaftspolitik sein. Dazu gehören auch hohe Tierschutz- und Umweltstandards, die auf EU-Ebene einheitlich festgelegt und ohne nationale Alleingänge umgesetzt werden müssen sowie die Gültig-

keit von Luftreinhalte- und Klimagesetzgebung und ein zielgerichteter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Diese ökologischen Maßnahmen der Landwirt_innen sind durch die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union zu fördern.

Diese Bemühungen reichen allerdings nicht aus. Vielmehr müssen Gesellschaft und insbesondere Wirtschaft ihren Verbrauch von Rohstoffen, wie etwa Kunststoff, in Europa und weltweit massiv eingrenzen. Die EU muss hierfür Anreize, wie etwa eine Steuer auf Rohstoffe sowie auf umweltschädliche Wirtschafts- und Konsumbereiche, schaffen. Eine faire Handelspolitik mit außereuropäischen Ländern, besonders im Globalen Süden, muss auch dort eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Ein weiterer Schritt muss die Abschaffung von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen sein.

Die Lebensrealität junger Menschen ist ein demokratisches Europa, in dem sie frei reisen und arbeiten können. Die heutige Generation – besonders in Westeuropa – ist mit offenen Grenzen und Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit aufgewachsen. Diese Freiheit ist zentral für die persönliche und berufliche Entwicklung junger Menschen und deren europäische Identität. Seit einiger Zeit werden wieder Grenzkontrollen vorgenommen. Das darf nicht passieren.





Ein demokratisches, offenes Europa wird zudem maßgeblich durch demokratisch verfasste Jugendverbände und Jugendringe als tragende Säulen der europaweiten Jugendarbeit, Jugendbildung und -partizipation gestaltet. Diese Strukturen sind die Säulen der praktisch-demokratischen Bildung und sorgen für ein hohes Maß an europäischer Teilhabe. Bei der Fördermittelvergabe aus öffentlichen Haushalten sollte es deshalb einen Bonus für demokratisch verfasste Organisationen der jungen Zivilgesellschaft geben.

Abschottung ist keine politische Option. Wir fordern eine offene und menschenwürdige europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik. Wir verurteilen das Geschehen an den europäischen Außengrenzen und die unmenschliche Flüchtlingspolitik in den Regionen des Mittelmeers. Es braucht eine gemeinsame Lösung und einen Neustart der europäischen Asylpolitik auf Basis der Menschenrechte. Wir stehen für sichere Wege in und nach Europa für alle Menschen, die in Europa leben möchten. Als junge Menschen wollen wir ein offenes und tolerantes Europa mit einem europäischen, humanitären Aufnahmeprogramm und keine menschenfeindliche Abschottungspolitik. Wir fordern legale Fluchtwege und setzen auf Lebensrettung an den europäischen Außengrenzen. Seenotrettung ist eine humanitäre Pflicht zur Rettung von Menschenleben und kein Verbrechen, das für politische Debatten instrumentalisiert werden darf. Nichtregierungsorganisationen, die mit ihrem Einsatz im Mittelmeer versuchen, staatliches Versagen zu kompensieren, dürfen nicht kriminalisiert und behindert werden. Eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik ist die Aufgabe aller Mitgliedsstaaten. Die bestehende enge Definition des Asylbegriffs darf nicht dazu instrumentalisiert werden, Menschen, die vor einer unwürdigen Lebenssituation fliehen, in unterschiedliche Kategorien einzuteilen.

Auch dürfen zukünftig keine Waffen mehr an diktatorische und menschenrechtsunterdrückende Regimes verkauft werden. Die Europäische Union kann und soll – nach innen wie nach außen – ein Friedensprojekt bleiben.

Europa muss seiner globalen Verantwortung gerecht werden und gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen, an denen die EU aus Eigeninteresse zum Teil aktiv beteiligt ist, wie beispielsweise die Zerstörung regionaler Integrationsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent durch bilaterale Freihandelsabkommen, unterbinden. Nationale Egoismen und Abschottung dürfen nicht von der nationalstaatlichen Ebene auf die europäische Ebene übertragen werden. Die EU kann und

muss nicht nur nach innen, sondern auch nach außen Solidarität leben.

Damit Europa nicht auseinanderbricht, wollen und müssen wir mit unserer Vision Europas mutig und laut werden. Auch wenn einzelne europäische und nationale Politiker_innen keine gute Arbeit leisten, dürfen die Existenz und die Errungenschaften der EU nicht in Frage gestellt werden.

Ohne uns wird die Union nachhaltig und langfristig nicht funktionieren. Europa ist kein Projekt mehr. Europa ist Teil unseres Lebens.

Δ Text: DBJR Vollversammlung 10/18 / DWJ BDV 03/19
Abbildungen: Jasmin Rieß

Deine Stimme – Dein Europa

Sich an einer Wahl zu beteiligen, bedeutet Verantwortung zu übernehmen. Das fordert auch der Deutsche Jugendring in seinem Antrag „Europa braucht uns – Wir brauchen Europa“. Wir, die Deutsche Wanderjugend, stehen hinter diesem Antrag. Bei der BDV 2019 wurde beschlossen, dass wir uns für Europa einsetzen und den Europaantrag unterstützen. Die beschlossene Fassung mit den Forderungen ist abgedruckt in dieser Ausgabe der WALK & more zu finden.

Am 26. Mai 2019 ist unser Einsatz gefragt. Wir möchten jede Einzelne und jeden Einzelnen dazu auffordern, sich an der bevorstehenden Europawahl zu beteiligen und somit ein solidarisches und demokratisches vereintes Europa zu erhalten und zu stärken. Da es manchmal gar nicht so einfach ist, die Interessen der einzelnen Parteien zu durchschauen, fassen wir anhand exemplarischer Forderungen des Europaantrags ein paar Ausschnitte von konkreten Umsetzungsplänen der Parteiensichten für Euch zusammen.

Die höchste Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl mit knapp 60 Prozent hatte die Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen. Die geringste Wahlbeteiligung hingegen wurde bei den 21- bis 24-Jährigen verzeichnet. Schon in den Jahren zuvor fiel die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen gering aus. Diese Zahlen sind ein eindeutiger Indikator, dass Europa jugendgerechter werden muss.





Doch wie können sich junge Menschen wirkungsvoll in die Demokratie einbringen?

Die Grünen setzen sich für die Schaffung eines Europäischen Jugendparlaments ein, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, das Europäische Parlament zu beraten und ihre Interessen zu vertreten. Jugendliche sollen an den politischen Entscheidungen, die ihre Zukunft betreffen, ein Mitspracherecht haben.

Die SPD fokussiert sich auf die Wahlen als Beteiligungsmittel und setzt sich für die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Sie fordert, dass vor allem junge Menschen und Frauen mehr im Europäischen Parlament vertreten sein müssen und möchte eine Quote dafür festlegen.

Um die europäische Politik jugendgerechter zu gestalten, wird die CDU/CSU den EU-Jugenddialog weiter fördern. Das Erasmus+ Programm soll weiter ausgebaut werden, um auch Menschen ohne Hochschulabschluss europäische Auslandsaufenthalte zu ermöglichen. Die Jugend soll die Vielfalt Europas erleben können.

Europa steht vor globalen Herausforderungen. Klimawandel und Artensterben sind zur Realität geworden und wir können die Veränderungen bereits miterleben. Junge Menschen gehen an den #fridaysforfuture auf die Straßen und protestieren für Nachhaltigkeit und Umweltschutz, um in eine lebenswerte Zukunft blicken zu können. Die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen sollen die Grundlage der europäischen Politik bilden.

Die Grünen sehen nur in einem Ende des Ausstoßes von CO₂-Emissionen eine Möglichkeit, die katastrophalen Folgen des Klimawandels zu vermeiden. Sie fordern Änderungen und alternative Lösungen für Stromerzeugung, Fortbewegungsmittel und Nahrungsmittelherstellung. Um dies zu erreichen, müssen europäische Vorgaben eingeführt werden. Des Weiteren setzen sie sich für eine ökologische Landwirtschaft und eine Agrarwende ein.

Den sofortigen Beginn des Kohleausstiegs fordert DIE LINKE. Sie ist gegen lange Transportwege und für regionale und nachhaltige Landwirtschaft. Sie möchte durchsetzen, dass der ÖPNV (öffentliche Personennahverkehr) kostenlos wird und die Städte autofrei werden. Die bestehenden EU-Regeln zum Artenschutz sollen stärker durchgesetzt werden.

Die FDP und die CDU/CSU setzen auf den Emissionshandel. Das heißt, dass CO₂-Zertifikate zu einem hohen Preis erworben werden können, um Anreize für umweltfreundlichere Alternativen zu schaffen. Beide Parteien

stehen hinter dem Pariser Klimaabkommen. Die FDP möchte durch den Schutz der Wälder und Meere vielfältige Lebensräume für Tiere und Pflanzen erhalten.

Die AfD hingegen lehnt das Pariser Klimaabkommen sowie erneuerbare Energien ab, da sie verhindern möchte, dass die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt wird.

Arbeitslosigkeit ist ein großes Thema in Europa. Beinahe ein Viertel aller Europäerinnen und Europäer war 2016 noch von Armut betroffen. Es gibt immer mehr junge Menschen, die arbeitslos sind oder in prekären Arbeitsverhältnissen leben. Staatliche Sozialleistungen sind in der Europäischen Union unterschiedlich geregelt. Deshalb fordern die Deutsche Wanderjugend und der DBJR, dass ein europaweiter Gesamtstandard entwickelt wird, um somit Chancengleichheit und Solidarität zu fördern. In unserer Gesellschaft ist es noch immer so, dass Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Behinderung die Möglichkeiten bestimmen. Um in einem sozialen und gerechten Europa zu leben, müssen Chancengerechtigkeit, Gleichberechtigung, Integration und Inklusion elementare Bestandteile der Politik sein.

Die FDP fordert einen europaweiten Teilhabeausweis für Menschen mit Behinderung, der den deutschen Schwerbehindertenausweis ablösen soll. Organisationen, die sich gegen Diskriminierung einsetzen und nicht von der Regierung organisiert sind, sollen stärker gefördert werden.

Durch Gutscheine für einen kostenlosen Zugang zu Theater und Museen möchte die SPD kulturelle Angebote für alle jungen Menschen ermöglichen. So sollen auch Auslandsaufenthalte für alle unter 25 Jahren bezahlt werden. Die SPD fördert zudem europaweit Jugend- und Auszubildendenvertretungen für die unter 18-Jährigen in Betrieben.

Die Linke setzt sich für die Sicherung der Bewegungsfreiheit für Geflüchtete ein. Dazu soll ein europäischer Fonds für Willkommenskommunen geschaffen werden. Sie fordert eine europäische Teilhabe-Agenda, die alle Menschen rechtlich, politisch und sozial gleichstellt.

Die Ausführungen in diesem Text sind Auszüge aus den Parteiensichten zu 12 Fragen, die vor allem Kinder und Jugendliche bewegen, der U18-Wahl. Die vollständigen Antworten der großen und auch kleineren Parteien könnt Ihr unter www.u18.org/material unter Parteiensichten einsehen.

△ Text und Abbildung: Jasmin Rieß



Europa, die Europäische Union und der Euro

Europa ist ein vielschichtiges Geflecht aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Zonen. Die Unterschiede darin sind vielen nicht klar und dieser Artikel soll etwas Licht in die Strukturen bringen.

Der Name Europa

Die Unklarheit beginnt schon bei der Namensgebung, die sich nicht zweifelsfrei herleiten lässt. Wir verstehen Europa zwar als eigenständigen Kontinent, es ist aber eigentlich ein Subkontinent, da dieser mit Asien verbundene Landteil die eurasische Landmasse bildet.

Asien bedeutet wörtlich übersetzt „Morgenland“, also das Land, in dem die Sonne aufgeht. Das griechische Wort „erebos“ bedeutet dunkel, also das Land, wo die Sonne untergeht, eben das Abendland. Eine andere Erklärung kommt aus der griechischen Mythologie, wo die Königstochter Europa die Frau des Gottes Zeus wurde.

Geographische Eingrenzung Europas

Europa hat eine Fläche von 10,5 Millionen km² und ist nach Australien der zweitkleinste Kontinent. Seine Ausdehnung nach Süden, Westen und Norden lässt sich klar definieren. Der südlichste Punkt liegt in Spanien, der westlichste in Portugal und der nördlichste in Norwegen. Da im Osten keine klare geographische und geologische Abgrenzung zu Asien existiert, hat sich die Definition durchgesetzt, dass das Uralgebirge die Grenze Europas zu Asien darstellt. Südlich davon bildet nach Osten das Kaspische Meer die Grenze, womit der Kaukasus zu Europa gehört; nach Südosten markieren das Schwarze Meer und die Meerenge Bosphorus die Grenze, wobei nach dieser Definition die Türkei in Asien und nicht in Europa liegt.

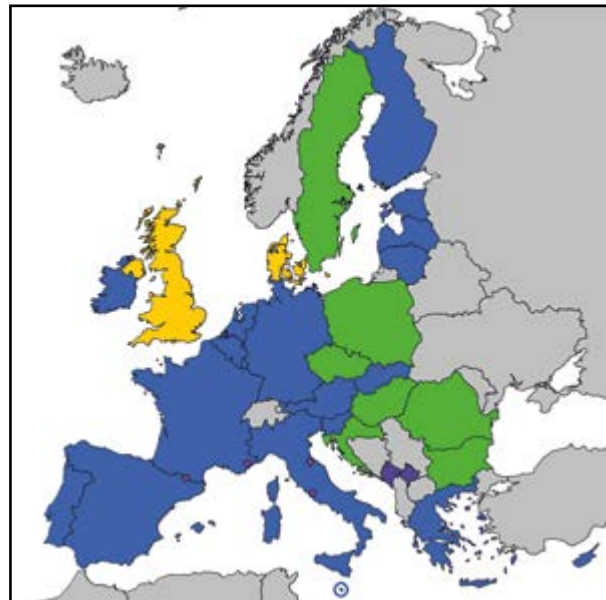
Mitglieder der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) ist ein Verbund von 28 Mitgliedsstaaten. Aber nicht alle europäischen Länder sind Mitglied in der EU und nicht alle Mitgliedsbereiche liegen im geographischen Europa. Neben Zypern gehören so auch im Atlantik liegende spanische und portugiesische Inselgruppen dazu sowie verschiedene Überseegebiete, wie das im Norden von Südamerika liegende Französisch-Guayana, die französischen Karibikinseln Martinique und Guadeloupe, sowie die ebenfalls zu Frankreich gehörenden Inseln Réunion und Mayotte im indischen Ozean.

Dagegen nicht zur EU gehören Island, Norwegen und die Schweiz. Die europäischen Kleinstaaten Andorra,

San Marino, Liechtenstein, Monaco und Vatikanstadt sind ebenfalls nicht in der EU, genauso wie viele weitere niederländische, britische und französische Überseegebiete, die dänischen Autonomiegebiete Grönland und Färöer sowie die britische Isle of Man (Irische See) die Kanalinseln und zwei zyprische Inseln.

Einige Länder des Balkans, wie Albanien, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien, sind Beitrittskandidaten; Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo sind im Blickfeld. Belarus, die Ukraine und die Republik Moldau ganz im Osten Europas gehören nicht zur EU.



Entstehung der Europäischen Union

Am Anfang stand eine Einrichtung, die sich Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl nannte, besser bekannt unter dem Namen Montanunion. Am 18. April 1951 gründeten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande diese Institution, wobei erstmals freiwillig nationale Interessen in übergeordnete, europäische Hände gegeben wurden.

1957 gründeten dieselben sechs Staaten dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die das Ziel hatte, einen gemeinsamen Markt zu schaffen, sowie die Europäische Atomgemeinschaft für die gemeinsame Entwicklung und friedliche Nutzung der Atomenergie. Diese Übereinkunft wurde als die Römischen Verträge bekannt.

1967 wurden diese Institutionen in einem Fusionsvertrag zusammengeführt und arbeiteten nun unter dem gemeinsamen Dach der Europäischen Gemeinschaft (EG).



Ab 1973 fanden mehrere Erweiterungen statt, so dass die EG stetig wuchs.

Als Reaktion auf die Veränderungen in Osteuropa, die deutsche Wiedervereinigung und das Ende der Ost-West-Konfrontation wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 beschlossen, die Europäische Union zu gründen. Diese sollte eine Wirtschafts- und Währungsunion darstellen, dazu die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, sowie Inneres und Justiz enger koordinieren.

Der Euro

Mit dem Vertrag von Maastricht war auch die Grundlage für den Euro geschaffen, dieser wurde 1999 für die Zentral- und Geschäftsbanken eingeführt und seit 2002 gibt es ihn in allen beteiligten Mitgliedsstaaten auch als Barzahlungsmittel. 2019 umfasst die EU 28 Mitgliedsstaaten, von denen aber nur 19 Länder der Eurozone angehören. Grundsätzlich sind alle Staaten zur Teilnahme

verpflichtet. Dänemark und Großbritannien haben für sich allerdings eine Nichtteilnahme herausgehandelt.

Nicht teilnehmen dürfen allerdings Länder, die noch nicht die Stabilitätskriterien erfüllen, wie beispielsweise Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien oder Kroatien. Ein Kuriosum stellt dabei Schweden dar, das zwar per Vertrag zur Teilnahme verpflichtet ist, aber gezielt die Stabilitätskriterien nicht einhält, da sich 2003 eine Volksabstimmung gegen die Einführung des Euros entschied.

Montenegro und Kosovo gehören nicht der EU und damit natürlich auch nicht der Währungsunion an, haben sich aber trotzdem dafür entschieden, den Euro als Zahlungsmittel zu nutzen.

Δ Text: Torsten Flader
Abbildung: CC BY-SA 3.0; wikipedia

Die europäischen Institutionen

Kommission, Parlament oder Rat? Brüssel oder Straßburg? Wer sitzt eigentlich wo und mit welchen Aufgaben?

Das Europäische Parlament

Dieses hat seinen Sitz in Straßburg und ist das EU-Organ, das direkt von der Bevölkerung gewählt wird. Es ist damit das einzige Mehrstaaten-Parlament mit direkten Wahlen weltweit. Diese Wahlen finden alle fünf Jahre statt, wie gerade wieder Ende Mai 2019. In Deutschland werden die Wahlen am Sonntag, 26. Mai, durchgeführt. Das ist aber nicht in allen EU-Ländern gleich, in manchen wird auch über mehrere Tage gewählt. Im Europaparlament werden nach den Wahlen rund 750 Menschen aus den 28 Mitgliedsstaaten sitzen.

Auch in anderen europäischen Ländern gibt es ähnliche politische Strömungen wie in Deutschland. Es gibt daher

im Europäischen Parlament auch verschiedene Fraktionen, wie im Deutschen Bundestag. Beispielsweise sind das die Christdemokraten / Konservativen, die Sozialdemokraten, die Liberalen oder die Grünen. Im Gegensatz zum Bundestag spielt aber im Europaparlament neben der politischen Grundausrichtung ein anderer Bereich eine entscheidende Rolle: Der der nationalen Interessen. So finden sich häufig Mehrheiten über Parteigrenzen hinweg und die Interessenverbände wechseln mit den Beratungsthemen.

Die europäischen Gesetze, also Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen werden vom Europaparlament beschlossen, es hat also eine gesetzgebende Funktion (Legislative), die es sich aber mit dem Rat der Europäischen Union teilt. Ebenso teilt sich das Europaparlament mit dem Rat der Europäischen Union die Entscheidung über den rund 150 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt. Dazu übt es die parlamentarische Kontrollfunktion über den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission aus und kann zu diesem Zweck Untersuchungsausschüsse einrichten. Außerdem wählt das Europaparlament den Präsidenten der EU-Kommission.

Der Rat der Europäischen Union

Dieser ist neben dem Europaparlament die zweite gesetzgebende Institution (Legislative). Oft wird bei diesem Gremium auch vom Ministerrat gesprochen, da der Rat





der Europäischen Union sich aus den zuständigen Ministern der Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Er hat seinen Sitz in Brüssel.

Die Zusammensetzung dabei ist daher je nach Thema ganz unterschiedlich. Der Ministerrat soll die Wirtschafts- und Sozialpolitik abstimmen und Leitlinien für die Außen- und Sicherheitspolitik festlegen sowie internationale Verträge schließen. So kommt jeweils eine Vertretung pro Land, die je nach Thema variiert, nach Brüssel und diese muss auch berechtigt sein, für die eigene Regierung verbindliche Entscheidungen zu treffen. Den Vorsitz über den Rat der Europäischen Union hat immer ein Land, Deutschland übernimmt den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft 2020.

Europäischer Rat

Zum eben erwähnten Rat der Europäischen Union / Ministerrat kommt dann auch noch der Europäische Rat hinzu, der wiederum eine separate Institution mit Sitz in Brüssel ist.

Mindestens viermal jährlich trifft sich der Europäische Rat, der aus den Staats- und Regierungschefs besteht, weshalb diese Treffen auch als EU-Gipfel bezeichnet werden.

Dabei geht es inhaltlich nicht um Gesetze und Initiativen im Kleinen, sondern den großen Rahmen. Die Staats- und Regierungschefs legen Ziele und Prioritäten fest, wie sich die EU zukünftig ausrichten und positionieren soll.

Europäische Kommission

Diese entspricht im Prinzip einer Regierung, denn sie hat exekutive Aufgaben, das heißt, sie sorgt für die Umsetzung von EU-Beschlüssen. Jedes Land entsendet in die Kommission eine Vertretung, der deutsche EU-Kommissar ist Günter Oettinger von der CDU, der für Haushalt und Personal zuständig ist. Der EU-Kommissionspräsident ist Jean-Claude Juncker aus Luxemburg.

Die nächste Neubesetzung erfolgt nach den Wahlen zum Europaparlament. Dieses wählt, wie oben erwähnt, dann den neuen Präsidenten der Kommission. Die anderen Kommissionsmitglieder werden allerdings nicht gewählt, sondern von ihren Regierungen entsendet.

Für die Umsetzung von Richtlinien, Verordnungen und Beschlüssen steht der Europäischen Kommission ein großer Beamtenapparat zur Verfügung. Dieser hat auch die Aufgabe, zu kontrollieren, ob die EU Mitglieder ihre Vertragsverpflichtungen einhalten oder mit nationalen Subventionen nicht gegen EU-Recht verstoßen.

Eine besondere Funktion der Europäischen Kommission liegt auch darin, das alleinige Initiativrecht für Gesetze innezuhaben. Das heißt, das Europaparlament und der Ministerrat entscheiden zwar über die Gesetze, vorschlagen können sie sie aber nicht, das kann ausschließlich die EU-Kommission.

△ Text: Torsten Flader
Abbildungen: Foto 1: Europäisches Parlament (Straßburg)
Von Wikiolo (D) - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, wikipedia
Foto 2: Plenarsaal Europaparlament
Von Diliff - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, wikipedia





Schengen und Dublin

Da europäische Abkommen zumeist sehr komplex sind, hat man es sich bei der Namensgebung der Verträge gern einfach gemacht. Statt die Inhalte kurz und prägnant als Titel zu formulieren, werden sie einfach nach dem Ort benannt, an dem sie beschlossen wurden. Vielen bekannt sind die Römischen Verträge (Gründung der EG) und der Vertrag von Maastricht (Gründung der EU), die im Artikel „Europa, die Europäische Union und der Euro“ vorgestellt werden.

In den letzten Jahren wurde aber häufig von dem Schengener Abkommen und dem Dubliner Übereinkommen gesprochen, weshalb beide hier kurz vorgestellt werden soll.

Schengener Abkommen

Das erste Abkommen wurde in der luxemburgischen Gemeinde Schengen bereits am 14. Juni 1985 unterzeichnet und hatte die Absicht, die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes voranzutreiben. An diesem ersten Abkommen waren aber nur Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande beteiligt. Es stellte den ersten Schritt für freies Reisen ohne Grenzkontrollen in Europa dar.

Die Regelungen wurden mehrfach erweitert und modifiziert, weshalb das Schengener Abkommen im eigentlichen Sinne kein einzelnes Abkommen ist, sondern eine Reihe von Abkommen, die am 1. Mai 1999 allgemeines EU-Recht wurden. Das Gebiet der beteiligten Staaten bezeichnet man als Schengenraum. Der Schengenraum entspricht dem Gebiet der EU mit Ausnahme von Großbritannien und Irland. Zusätzlich zu den EU-Staaten sind aber Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz dem Schengenraum beigetreten.

Damit soll ein Reisen ohne Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums möglich sein. Zulässig sind nur noch Stichprobenkontrollen. Es ist den Mitgliedsstaaten aber möglich, bei „schwerwiegenden Bedrohungen der

öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit“ wieder Kontrollen an den Binnengrenzen für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten einzuführen.

Diese Abkommen haben zur Folge, dass dafür die Außengrenzen der EU bzw. des Schengenraumes nach einheitlichem Standard kontrolliert werden. Da innerhalb der EU Freizügigkeit herrscht, müssen nun auch die Interessen aller EU-Länder an der jeweiligen Außengrenze berücksichtigt werden. Dafür wurde ein eigenes Informationssystem geschaffen, das nun denjenigen, die bspw. die Grenze von Polen zu Belarus kontrollieren, sagen soll, ob es aus Sicht eines anderen EU-Staates Vorbehalte gegen eine Einreise gibt.

Dubliner Übereinkommen

Das Dubliner Abkommen sollte regeln, welche Asylansprüche Menschen haben, die in die EU kommen und welches Land dafür zuständig ist. Laut des Abkommens wird jedem Antragsstellenden ein Asylverfahren garantiert, dieses soll aber nicht von einer Vielzahl von Ländern geprüft werden, sondern zuständig ist immer nur ein Land.

Im Detail heißt das, wenn jemand Asyl beantragt und schon als Flüchtlinge anerkannte Angehörige hat, kann er Asyl in dem Land beantragen, durch welches diese anerkannt sind. Wenn jemand in die EU reist und ein Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis bekommen hat, dann ist das Land zuständig, das diese Erlaubnis erteilt hat. Für alle, die ohne behördliche Genehmigung einreisen, ist das Land zuständig, in das sie zuerst eingereist sind.

Bekannt ist das Dublin-Übereinkommen vor allem seit den Jahren 2015 und 2016 als viele Flüchtlinge nach Europa kamen. Durch ihre Herkunft aus dem Nahen Osten und Afrika kamen diese vor allem in den südlichen EU-Staaten an. Diese Staaten waren mit der Vielzahl an Asylsuchenden überfordert und forderten eine europäische Lösung. Einige europäische Staaten verweigerten aber eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge, weshalb die Länder in Südeuropa viele Flüchtlinge weiterziehen ließen oder erst gar nicht registrierten. Auf Grund dieser Dramatik wurde von Deutschland das Dublin-Übereinkommen faktisch ausgesetzt, denn Deutschland nahm viele Asylsuchende auf, für die laut europäischem Recht andere Staaten zuständig gewesen wären.



△ Text: Torsten Flader
Abbildung: Schengen Grenz bild
Raimond Spekking CC BY-SA 4.0, wikipedia



Erasmus+

JUGEND IN AKTION

Chancen & Möglichkeiten für die Wanderjugend

Deutsche essen Sauerkraut, Franzosen lieben Baguette und in Polen trinkt Mann oder Frau Vodka. Solche oder ähnliche Bilder stecken in den Köpfen vieler Menschen. In der WALK & more Nr. 3 2018 wurden die internationalen Jugendbegegnungen als besondere Form der Jugendarbeit zum Abbau von Missverständnissen und als friedliche Plattform der Völkerverständigung vorgestellt.

Im folgenden Artikel möchte ich Euch einladen, die vielfältigen Möglichkeiten und Chancen des EU-Bildungsprogramms ERASMUS+ für die Wanderjugend zu entdecken und nähere Infos zu den neuen Gedanken der EU zum Thema internationaler Bildung zu erfahren.

Seit nunmehr knapp 30 Jahren fördert die EU Jugendbildung auf europäischer Ebene. Seitdem trägt sie dazu bei, dass junge Menschen ihren Horizont erweitern, wichtige Kompetenzen entwickeln und Europa mitgestalten. Es geht um aktive Bürgerschaft, Demokratieförderung, interkulturelles Lernen, die Schaffung eines europäischen Bewusstseins. Fachkräfte und Organisationen können sich spezifisch weiterbilden, europäisch vernetzen und daraus Impulse für die Weiterentwicklung ihrer Arbeit gewinnen. Innerhalb des großen Bildungsprogramms Erasmus+ ist JUGEND IN AKTION seit 2014 der Programmbereich für die nicht formale und informelle Jugendbildung.

Anders als z. B. das Deutsch-Polnische Jugendwerk geht ERASMUS+ (sowie auch seine Vorgängerprogramme) weg von binationalen Beziehungen (also Beziehungen zwischen zwei Staaten) und den damit verbundenen Schwerpunktthemen. Die internationale Bildungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte stellte die Identität der jeweiligen Kulturen in den Vordergrund. Die neuen Bildungskonzepte legen den Schwerpunkt auf Diversität (Vielfältigkeit) und aktuelle gesellschaftliche Themen und rücken von einem klar definierten Kulturbegriff ab.

Die Methodik der vergangenen Jahrzehnte war noch stark geprägt von der Präsentation und Darstellung typischen nationalen Kulturguts wie eine Projekteinheit von Folklore oder Kulinarik (meist stereotyp, also verallgemeinernd, geprägt). Heute versuchen neuere Projektkonzepte ein einheitliches, verbindendes Projektziel zu formulieren, wie Auseinandersetzung mit digitalen Medien, Umweltschutz, Gleichstellung der Geschlechter, Jugendarbeitslosigkeit, gesunder Lebensstil und Jugend im ländlichen Raum. Der Blick, die Arbeitsinhalte und die Aktivitäten sollen weniger das ländertypische der einzelnen Gruppen in den Vordergrund stellen, vielmehr soll es darum gehen, gemeinsame Projekte zu entwickeln.

Anträge für Jugendbegegnungen und Fachkräftefortbildungen können bei den jeweiligen Nationalagenturen (<https://www.jugendfuereuropa.de/>) in jedem EU-Land gestellt werden. Neuantragsteller müssen sich einmalig registrieren lassen. Die deutsche Nationalagentur „Jugend für Europa“ mit Sitz in Bonn bietet individuelle Beratung an, telefonisch und schriftlich. Alle, die möchten, können sich sehr gerne an sie wenden. Zusätzlich bietet die Nationalagentur gedruckte Materialien an und hat ein breit gefächertes Fortbildungsangebot, für all diejenigen, die in diese europäischen Programme einsteigen oder sich vertieft damit auseinandersetzen wollen.

ERASMUS+ bietet für die Wanderjugend die Möglichkeit, für Jugendliche eigene Projekte zu entwickeln, dies kann über den einzelnen Gebietsverein oder die jeweilige Ortsgruppe geschehen. Jugendliche haben aber auch die Option, in Eigeninitiative einen Antrag zu stellen. Informationen zu den Antragsfristen, Fördersätzen, Durchführungszeiträumen etc. findet Ihr unter: <https://www.jugend-in-aktion.de>

△ Text: Andreas Stahl
Abbildung: Jugend für Europa



Deutsche Wanderjugend im Eifelverein Europäische Jugendarbeit als Schwerpunkt der Jugendorganisation des Eifelvereins

Fest verankert in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist der Eifelverein als deutsche Sektion der Europäischen Vereinigung für Eifel und Ardennen (EVEA). Und dort haben Jugendbegegnungen einen besonderen Stellenwert. Durch die direkten Kontakte erhalten junge Menschen einen Einblick in das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben ihrer Nachbarländer, arbeiten mit Gleichaltrigen zusammen und verwirklichen gemeinsam Projekte.

„Créer des liens.“ Grenzen verbinden.

An den verschiedenen Begegnungen und Aktivitäten der EVEA-Jugendkommission haben im Jahr 2018 etwa 1.500 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene teilgenommen, aus den Ländern der Eifel-Ardennen-Region, aber auch Gäste aus europäischen Partnerregionen. Gegenseitiges Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber Menschen anderer Nationalität, anderer Kultur und anderer Denkweise, das Erkennen und Überwinden von Vorurteilen und der Abbau von Sprachbarrieren sind wichtige Ergebnisse aller Begegnungen. Dies trägt zur interkulturellen Kompetenz der jungen Teilnehmenden bei, die ihr zukünftiges Zusammenleben in Europa prägen soll.

*Begegnungen. Europäischen Alltag erleben.
Einige Beispiele.*



Jugendsinfonieorchester Eifel-Ardennen

Seit mehr als zwanzig Jahren treffen sich junge Musikschaffende aus Deutschland und Luxemburg zum Jugendsinfonieorchester Eifel-Ardennen. Die Begegnung, ein gemeinsames Projekt der EVEA-Jugendkommission mit Musikschulen aus der deutsch-luxemburgischen Grenzregion, dient gleichermaßen der musikalischen

Fortbildung und dem interkulturellen Austausch. Ein besonderer Höhepunkt war im Jahr 2018 die Zusammenarbeit mit der Musikschule Kattowitz (Katowice, Polen), die den Teilnehmenden durch den Aufenthalt in Polen ein tieferes europäisches Verständnis ermöglichte.

Sinfonisches Blasorchester Eifel-Ardennen

Junge Musikspielende aus Belgien, Deutschland und Luxemburg treffen sich seit 1988 zum gemeinsamen Musizieren und zum interkulturellen Austausch im sinfonischen Blasorchester Eifel-Ardennen. Das Zusammenspiel im Orchester bietet den jungen Teilnehmenden zwischen 14 und 21 Jahren die Möglichkeit, Fortbildung auf anspruchsvollem Niveau wahrzunehmen und mit verschiedenen Orchesterleitungen zu arbeiten. Die Teilnehmenden lernen anspruchsvolle Musikwerke der neueren und zeitgenössischen sinfonischen Blasmusik kennen und stellen das Ergebnis ihrer Zusammenarbeit in mehreren Konzerten der Öffentlichkeit vor. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird auf diese Weise konkret sichtbar und erlebbar.

Frankreich kennenlernen

Unter dem Motto „Sport, Freizeit, Sprache“ treffen sich im Sommer 10- bis 13-jährige Teilnehmende aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg am Lac de Bairon (Frankreich). Neben den Wassersport- und vielfältigen anderen Freizeitaktivitäten erfolgen bei dieser Begegnung erste Kontakte mit dem Lebensalltag der französischen Nachbarn. Die Teilnehmenden übernachten in Zelten, die Mahlzeiten werden im Wassersportzentrum Base de Bairon eingenommen.

Eurovisionen – Freizeit kreativ gestalten

Insgesamt etwa 180 Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis zwölf und dreizehn bis fünfzehn Jahren aus sechs bis acht europäischen Ländern treffen sich jeden Sommer auf der Jugendburg Neuerburg, um in kreativen Ateliers gemeinsam interessante Freizeitaktivitäten kennenzulernen. Neben der Zusammenarbeit in Ateliers (Tanz, Theater, Malen / Zeichnen, Zirkus, digitale Fotografie, Video, Computer / Internet, Geocaching) ergänzt ein abwechslungsreiches Rahmen- und Freizeitprogramm mit Ausflugszielen in der Eifel-Ardennen-Region das Angebot. Weitere Programmpunkte sind das Kennenlernen des Veranstaltungsortes, Spieleabende, ein Themenabend zur



Vorstellung von Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Sprache und landestypischen Speisen der teilnehmenden Nationen. Die Herkunft der Teilnehmenden aus unterschiedlichen europäischen Ländern bietet die Möglichkeit, Erfahrungen im Umgang mit Sprache als interkultureller Herausforderung zu machen und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben.

Rad-Medien-Projekt

Im Rahmen der Rad-Medien-Tour fahren die Teilnehmenden aus mehreren europäischen Ländern die komplette deutsch-luxemburgische Grenze entlang von Our, Sauer und Mosel in drei Tagesetappen auf dem Fahrrad und lernen auf diese Weise die Natur- und Kulturlandschaft Eifel-Ardennen kennen. Unter medienpädagogischer Anleitung erlernen sie moderne und mobile Techniken zum Erstellen von Foto- und Videodokumentationen und wenden sie an, um die gemachten Erfahrungen zu dokumentieren.

Aus- und Fortbildung von Betreuern

Nach einem modular konzipierten Ausbildungskonzept unter dem Motto „Leiten statt leiden!“ erfolgt die

Ausbildung von ehrenamtlichen Jugendleitungen, die auf diese Weise sowohl die JuLeiCa als auch das luxemburgische Diplom Brevet d'Animateur B / C erwerben. Schwerpunkte der Module sind der Erwerb von Individualkompetenzen als Jugendleitung, Team- und Gruppenkompetenzen sowie die Themen Planung und Praxis. Dazu ergänzend erfolgt eine Praxiswoche sowie die Möglichkeit der weiteren Qualifikation bei der „Formation Transfrontalière“, einem Seminar zum Erwerb interkultureller Kompetenzen für die pädagogische Leitung, Begleitung und Durchführung von internationalen Jugendbegegnungen.

Weitere Angebote der EVEA-Jugendkommission sind unter anderem die Ferienfreizeiten in Cinqfontaines (L) für 7- bis 12-Jährige, Medienwoche in Luxemburg, Kanutouren auf der Lahn oder auch die Möglichkeit der Teilnahme an Begegnungen in europäischen Partnerregionen.

Finanziert werden die Begegnungen überwiegend durch Beiträge der Teilnehmenden, gefördert aber auch durch europäische Mittel des Programms Erasmus+, des Bundesjugendplanes über die Deutsche Wanderjugend, durch nationale Mittel aus Deutschland, Luxemburg, Belgien und andere Förderer und Sponsoren. Interessenten finden weitere Informationen, auch über die Möglichkeit der Teilnahme an Begegnungen im Jahr 2019, auf der Webseite www.evea.de.

Kontaktadresse: EVEA-Jugendkommission,
54673 Neuerburg, Herrenstraße 8,
Tel. 06564 930003, Mail: juko@evea.de

△ Text: Franz Bittner, Internationaler Präsident der EVEA
Abbildungen: EVEA





Die Bundesgeschäftsstelle wird zum Wahllokal

2017 öffnete die Geschäftsstelle des DWJ Bundesverbandes in Kassel bereits ihre Türen für junge Menschen unter 18 Jahren zur Bundestagswahl. Am 17. Mai wird die Geschäftsstelle wieder zum Wahllokal und lädt zur U18-Europawahl ein.

Von jungen Menschen wird erwartet, dass sie sich mit politischen Themen auseinandersetzen, von den Wahlen werden sie dann aber durch die Altersbeschränkung ausgeschlossen. Um politisches und gesellschaftliches Interesse auf freiwilliger Basis zu wecken, bietet die U18-Wahl die Möglichkeit, in demokratische Prozesse zu schnuppern und eine Wahl auszuprobieren. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeit auf das Meinungsbild aller unter 18-Jährigen aufmerksam.

Bestimmt wunderst Du Dich jetzt, warum alle unter 18-Jährigen an der Europawahl teilnehmen können. Die U18-Wahl ist eine symbolische Wahl, bei der die Ergebnisse nicht in die Wahlergebnisse mit einfließen. Dennoch bietet diese Form der Wahl Potentiale, die Wünsche, Bedürfnisse, aber auch Bedenken der jüngeren Bevölkerung aufzudecken. Alle – egal wie alt – sollten das Recht haben mitzubestimmen. Und deswegen ist der Termin der U18-Wahl auch neun Tage vor dem offiziellen Wahldatum, sodass ein Austausch über die Ergebnisse möglich ist und in die Europawahl neun Tage später mit einfließen kann.

Nicht zuletzt hat die #fridaysforfuture-Bewegung gezeigt, dass junge Menschen ein erhebliches Interesse am Weltgeschehen und der Politik haben und somit auch eine klare Meinung vertreten. Und solange das Wahlalter nicht gesenkt wird, um auch alle unter 18-Jährigen an der Demokratie und an der Zukunftsgestaltung teilhaben zu lassen, sollten die Ergebnisse der U18-Wahl um so ernster genommen werden, denn Demokratie beschränkt sich nicht nur auf Erwachsenenpartizipation.

Die U18-Wahl ist eine Initiative von Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring, von den Landesjugendringen, vielen Jugendverbänden und dem Berliner U18-Netzwerk. Die Förderung findet durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung statt. Bereits seit 1996 haben Jugendliche die Möglichkeit, sich bei verschiedenen Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen durch die U18-Wahl zu beteiligen. Bei der Bundestagswahl 2017 wurde somit das Stimmungsbild von knapp 220.000 Kindern und Jugendlichen in Deutschland eingefangen.

△ Text: Jasmin Rieß
Abbildungen: DBJR U18

Neu- bzw. Wiederwahlen

„Wenn Du nicht weißt, wo Du hinwillst,
ist es egal, welchen Weg Du einschlägst“

Lewis Carroll, Alice im Wunderland

Wenn ich zurückschauen auf die letzten acht Jahre, in denen ich im Bundesjugendbeirat gewesen bin, gab es schon viele Wechsel im Ehrenamt. Vom ersten Tag an bis heute hat mich aber einer dauerhaft begleitet. Jetzt, nach neun Jahren im Beirat geht er in „Bundesjugendbeiratsrente“: Michael Kaminski.

Wolfgang Walter kam nach jahrelanger Arbeit im DWJ Landesverband Rheinland-Pfalz zum Bundesverband der Deutschen Wanderjugend; zuerst als Beisitzer und als wir dringend einen Finanzverwalter brauchten, war er zur Stelle. Insgesamt waren es fünf Jahre. Nach der Arbeit im Bundesjugendbeirat übernimmt er jetzt den Vorsitz der Stiftung Wanderjugend.

Zu dritt meisterten wir einiges, vor allem in der Zeit, als wir im Ehrenamt personell tatsächlich nur wir drei waren. Vor drei Jahren kam Björn zu uns in den Jugendbeirat, nachdem er erst das Amt des Hauptjugendwartes beim Hessisch-Waldeckischen Gebirgs- und Heimatverein übernommen hatte. Allerdings wird er uns noch ein Jahr weiterbegleiten, denn er wird Fachwart JUGEND+DRAUßEN.

In unserer gemeinsamen Zeit haben wir unsere Bundesgeschäftsstelle von der Wilhelmshöher Allee in die Querallee umgezogen. Wir haben die Bundesgeschäftsstelle personell erweitert und umgestellt. Das Schutzkonzept FAIR.STARK.MITEINANDER. wurde entwickelt und etabliert, die Satzung wurde überarbeitet und infolgedessen der Bundesjugendbeirat um die Hauptjugendwarte erweitert. Wir fanden Bundesfachwarte, stießen den ersten Jugendwandertag an und konnten den Bundesjugendbeirat wieder voll besetzen. Die Umstellung der Website erfolgte, die Fort- und Weiterbildungsangebote wurden verändert und dadurch wurden sie viel besser besucht, unsere Beiratssitzung wurden umstrukturiert und die Zusammenarbeit mit dem Wanderverband wieder gestärkt; um nur einiges neben dem „normalen“ Alltag des Bundesjugendbeirates aufzuzählen.

Wahnsinn, wie schnell die Zeit vergangen ist und was sich in der Zeit alles getan hat. Jetzt ist aber der Moment gekommen, wo der Weg für Michael, Wolfgang und Björn in eine andere Richtung führt. Deshalb ein herzliches Dankeschön an Euch drei für Euer Engagement im Bundesjugendbeirat der Deutschen Wanderjugend.



Wo ein Abschied ist, folgt meist auch ein Neuanfang, so auch im Beirat der DWJ. Nachdem die Plätze des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und des Finanzverwalters frei geworden sind, mussten wir überlegen, wie wir diese Stellen besetzen können. Maike Gillwaldt von der Schwäbischen Albvereinsjugend und Ludwig Lang vom Spessartbund, die bereits 3 Jahre im Beirat als Beisitzer waren, konnten sich sehr gut vorstellen, ihre Position zu wechseln und auch der restliche Vorstand war gleich von der Idee begeistert. So stellten Sie sich zur Wahl und wurden neue stellvertretende Bundesvorsitzende und Finanzverwalter. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch Euch beiden zur neuen Position im Bundesjugendbeirat. Jana Leßenich bleibt weiterhin als Beisitzerin im Bundesjugendbeirat, Dir ebenso herzlichen Glückwunsch zur bestätigten Position.

Wo Plätze frei sind, besteht auch wieder Möglichkeit, sich im Ehrenamt zu engagieren. So kamen Anna Fischer und Hannah Merkle von der Schwäbischen Albvereinsjugend zu uns und wurden dieses Jahr auf der BDV in den Jugendbeirat gewählt. Anna kommt von der Volkstanzgruppe Frommern des Schwäbischen Albvereins und Hannah kam quasi als Quereinsteigerin durch die Trekkingtouren zu uns. Beide stellen sich noch selbst vor.

Auf eine wanderbare märchenhafte Zusammenarbeit im neuen Bundesjugendbeirat der Deutschen Wanderjugend freue ich mich.

△ Text: Silvia Röhl
Abbildungen: DWJ Bundesverband

Unsere neuen Beisitzerinnen stellen sich vor:

Hannah Merkle

Hallo zusammen! Ich bin Hannah, 23 Jahre alt und gerade noch in Tübingen dabei, meine Bachelorarbeit zu schreiben. Bald verlasse ich allerdings den Süden und ziehe in den hohen Norden (naja, eigentlich nur nach Münster), um dort ein Praktikum zu absolvieren.

In Tübingen habe ich mit großer Freude Politikwissenschaft und Ethnologie studiert und nebenbei die hügelige Landschaft bei der einen oder anderen kleinen Wanderung erkundet. Wenn meine Füße sich nicht in Wanderschuhen befinden, stecken sie meistens in Kletterschuhen. Am Fels oder auch in der Halle – geht es um Klettern (oder Bouldern) bin ich bei (fast) allem dabei.

Als Jugendliche war ich selbst noch in der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit tätig. Diese „Arbeit“ hat mir immer große Freude bereitet und ich freue mich darauf, durch die Deutsche Wanderjugend wieder mehr Kontakt zu jüngeren Generationen zu bekommen. Während meines Studiums habe ich ein Interesse für die Themenbereiche politische Bildung, Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit bzw. Geschlechterforschung entwickelt. Im Rahmen meiner Arbeit im Bundesjugendbeirat hoffe ich, meine persönlichen Interessen sinnvoll einbringen zu können, bin aber natürlich auch offen für neue Themenfelder. In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit.

△ Text: Hannah Merkle
Abbildung: DWJ Bundesverband





Anna Fischer

Mein Name ist Anna Fischer, ich bin 26 Jahre alt und komme aus Balingen, das liegt 40 km südwestlich von Tübingen.

Ich habe Empirische Kulturwissenschaft studiert und arbeite nun im Haus der Volkskunst in Balingen-Dürrwangen. Dort kümmere ich mich neben den anfallenden Aufgaben im Büro, dem Planen und Durchführen von Kulturveranstaltungen auch um die Pflege des Schwäbischen Kulturarchives.

Zu meinen Hobbys zählt unter anderem das Tanzen. Seit vielen Jahren bin ich Mitglied bei der Volkstanzgruppe Frommern Schwäbischer Albverein und engagiere mich dort gerne ehrenamtlich als Trachtenwartin und Schriftführerin.

In den kommenden drei Jahren würde ich gerne den Volkstanz mehr in die Arbeit der Deutschen Wanderjugend integrieren. Ich bin sehr gespannt auf die neuen Aufgaben und freue mich auf das, was mich alles erwartet.

△ Text: Anna Fischer
Abbildung: DWJ Bundesverband

Die Stiftung Wanderjugend macht sich geburtstagsfein

Im kommenden Jahr wird die Stiftung Wanderjugend 20 Jahre alt. Sie wurde beim 100. Deutschen Wandertag im Jahr 2000 gegründet und feiert nun beim 120. Deutschen Wandertag in Bad Wildungen im Sommer 2020 ihr zwanzigjähriges Bestehen.

Um dafür gut gerüstet zu sein, wurde der vakante Posten des Stiftungsratsvorsitzenden bei der letzten Sitzung neu besetzt. Der Stiftungsrat kam am 29. März bei der Bundesdelegiertenversammlung (BDV) in Paderborn zu seiner jährlichen Tagung zusammen. Dabei wurde Wolfgang Walter aus der Pfalz zum neuen Vorsitzenden gewählt. Wolfgang ist allen gut bekannt, denn er war über viele Jahre für die DWJ im

Pfälzerwald-Verein und dem DWJ Landesverband Rheinland-Pfalz aktiv. In den letzten Jahren hatte er seinen Arbeitsschwerpunkt auf den DWJ Bundesverband gelegt und das Amt des Finanzverwalters übernommen.

Turnusmäßig stehen zur Wahl des neuen Bundesjugendbeirates auch die Wahlen für die Stiftungsräte und den





Stiftungsvorstand an. Die langjährige stellvertretende Stiftungsratsvorsitzende, Sandra Habl, wurde in ihrem Amt bestätigt, ebenso wie Jörg Dietrich, der für die Finanzen der Stiftung zuständig ist. Neben Wolfgang Walter entsendet der Bundesjugendbeirat weiterhin Alexander Mohr, den Bundesfachwart Jugendwanderwege, in den Stiftungsrat. Die Bundesdelegiertenversammlung hat sowohl Jens Bohl als auch Lucas Vogt wiedergewählt. Der Deutsche Wanderverband wird weiterhin von Jürgen Wachowski im Stiftungsrat vertreten.

Allen Neu- und Wiedergewählten vielen Dank für die Bereitschaft, sich für die Stiftung und die Wanderjugend zu engagieren und viel Erfolg bei Euren Aktivitäten.

Bei den Aktivitäten gab es auch gleich noch eine Neu-erung. Bei der Versammlung des Stiftungsrates konnte ein handgetöpfter Wanderschuh bestaunt werden, der als Spardose entworfen ist. Wer bei Vereinsfesten, Familienfeiern oder Ähnlichem gern für die Stiftung sammeln möchte, kann das nun auch in optisch ansprechender Form tun. Der Schuh kann – selbstverständlich kostenlos – über die Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden, die diesen dann zuschickt.

Die Idee des Spendenschuhs löste so viel Begeisterung aus, dass der Spessartbund sowie der Odenwaldklub einen eigenen Spendenschuh orderten, um ihn dauerhaft bei ihren Vereinsaktivitäten aufstellen zu können.

Falls andere Vereine diesem Beispiel folgen möchten, sind sie herzlich eingeladen, sich an die Bundesgeschäftsstelle zu wenden, unsere Töpferwerkstatt in Göttingen stellt gern weitere Exemplare her.

△ Text: Torsten Flader
Abbildungen: DWJ Bundesverband

Vielen Dank ans Ehrenamt

Manche sind für kurze Zeit für die Wanderjugend tätig, andere über viele Jahre. Einige beschäftigen sich fast jeden Tag mit ihren Aufgaben, andere versuchen in ihrer knappen Zeit noch die ein oder andere DWJ-Aktion unterzubringen.

Gemeinsam haben sie alle, dass sie sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren und damit die DWJ zu dem machen, was sie ausmacht: Einen lebendigen Jugendverband.

Nicht bei allen, die ein Amt innehaben, erfahren wir, wenn sie dieses abgeben und manche mögen auch nicht gern öffentlich genannt werden. Daher können persönliche Ehrungen in der WALK & more nie vollständig sein. Deshalb ist es uns wichtig, dass alle Aktiven die hier Genannten nicht nur persönlich, sondern stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen sehen.

Einen, den wir besonders herzlich verabschieden möchten, ist Klaus Sperling aus dem Schwarzwald. Klaus war über viele Jahre ein begeisterter Wanderer und

Eiskletterer und hat sich dann entschieden, eine ganz besondere Verantwortung zu übernehmen. Er hat sich als Vertrauensperson ausbilden lassen und stand einige Jahre für schwierige Fragen und heikle Notfälle bereit. Das Amt der Vertrauensperson ist wohl das wichtigste und verantwortungsvollste, das es in unserem Jugendverband gibt. Deshalb lieber Klaus, ein ganz herzliches Dankeschön an Dich vom Kompetenzteam und dem DWJ Bundesverband.

Vielen herzlichen Dank für sein Engagement sprechen wir auch Ulrich Temme von der DWJ im Eggegebirgsverein aus. Er war die letzten drei Jahre dort Hauptjugendwart. Allerdings beginnt sein ehrenamtliches Wirken nicht erst 2016, sondern bereits 1987, als mit der Leitung einer Tanzgruppe in seiner Ortsgruppe, der DWJ Kleinenberg, alles begann.

In den Folgejahren leitete er zehn Jahre lang den wöchentlichen Jugendtreff in Kleinenberg, organisierte über 15 Jahre die Kleinenberger Jugendfahrt und war 18 Jahre lang der Hauptjugendwart der Ortsgruppe Kleinen-



berg. Seine Aktivitäten reichten bald über die Egge hinaus, er war 18 Jahre lang Delegierter für die Bundesdelegiertenversammlung und hatte 13 Jahre als Vorsitzender die Verantwortung für den Finanzausschuss des DWJ Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Wir freuen uns, dass Du weiterhin als Vorsitzender für Deine Ortsgruppe aktiv bist und auch den Förderverein der DWJ Landesverband Nordrhein-Westfalen, an dessen Gründung Du 2003 beteiligt warst, weiterhin unterstützt.

Ein großes Dankeschön geht auch an Britta Beleke, besser bekannt als Britta Suermann, die in Erwartung ihres zweiten Kindes etwas kürzertreten wird. Sie war nun auch bereits sechs Jahre als stellvertretende Hauptjugendwartin der DWJ im Sauerländischen Gebirgsverein aktiv und engagierte sich dazu im Landesvorstand des DWJ Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Wir freuen uns, dass Du auf Landesebene noch weiter aktiv sein wirst und werden Dich daher sicher noch bei der einen oder anderen Aktion wiedersehen.

△ Text: Torsten Flader

Abbildungen: DWJ Bundesverband, Britta Beleke



Einsendeschluss „Jugend wandert“ rückt näher

Der Bundeswettbewerb „Jugend wandert“ geht in die heiße Phase: Bis zum 31. Juli habt Ihr noch die Möglichkeit, Euren Wettbewerbsbeitrag einzureichen. Gefragt sind kreative, nachhaltige, originelle, innovative und soziale Wanderaktivitäten.

Im Herbst wird die erfahrene „Jugend wandert“-Jury zusammenkommen und die Wettbewerbsbeiträge sichten und bewerten. Mit dabei sind neben Silvia Röhl, Bundesvorsitzende der DWJ, Werner Mohr, Vizepräsident des Deutschen Wanderverbands, Daniel Sautter, Geschäftsführer der Jugend im Deutschen Alpenverein, und Stephan Riese vom Hauptverband des Deutschen Jugendherbergswerkes. Schon in den Vorjahren haben uns die wanderbegeisterten Jurymitglieder mit ihrer Expertise unterstützt und die Preisträgerinnen und Preisträger des Bundeswettbewerbs ermittelt.

Die Siegerehrung findet während des jungen Wandersfestivals „JUGEND+DRAUßEN“ vom 1. bis 3. Mai 2020 in Paderborn statt. Die Preise im Gesamtwert von über 6.000 Euro übergibt am Samstagabend der Schirmherr des Wettbewerbs, Willi Weitzel, persönlich. Zum krönenden Abschluss von „JUGEND+DRAUßEN“ wird der begei-

sterte Welterforscher am Sonntag in seiner packenden Multivisionsshow „Willis wilde Wege“ von seinen Reisen rund um den Globus berichten und gibt live und hautnah Anregungen, wie Wandern zu einem einmaligen, spannenden und unvergesslichen Erlebnis wird.

Neben der Siegerehrung und der Show „Willis wilde Wege“ warten weitere interessante Aktivitäten an dem Wochenende auf Euch: Zeltcamp, Lagerfeuer, Sternwanderung und vieles mehr. Also schnell nach draußen, Eure Wanderaktivität dokumentieren und bis zum 31. Juli 2019 einreichen. Wir freuen uns auf Eure Beiträge. Weitere Informationen zum Bundeswettbewerb sind unter www.jugend-wandert.de zu finden.

△ Text: Jasmin Rieß





Ein Heimatverein im Einklang mit der Jugendarbeit

Der Heimatverein Jöllenberg von 1947 e. V. wurde im Oktober 1947 in Bielefeld-Jöllenberg gegründet. Nach dem 2. Weltkrieg brauchten die Menschen eine neue Perspektive neben dem Aufbau der Städte und dem Umfeld. Somit wurden Wanderwege durch die Landschaft Jöllenbecks geplant und mit den damaligen Mitteln beschildert. Es wurden Fahrten mit dem Fahrrad durchgeführt und die weitere Umgebung erkundet. Der Verein nahm an Mitgliedern zu. Die Mitgliederzahl wuchs auf bis zu ca. 600. Heimarbeit, Brauchtumpflege und Dokumentation des Zeitgeschehens war der Auftrag.

Mit dem Anlegen der Wanderwege in und um Jöllenberg bis in die Nachbarstädte betrug das Wegenetz ca. 180 km. Die verschiedenen Vorsitzenden des HV Jöllenberg brachten ihre eigene Handschrift in den Verein. Es gab eine Heimatzeitschrift mit dem Titel „Jöllenbecker Blätter“. In dieser wurden Ereignisse im Ort, Geschichten und Berichte aus dem Vereinsleben veröffentlicht. Leider wurde die Auflage des Heftes eingestellt. Aber sie wurden zum Glück archiviert und zählen heute als geschichtliche Grundlage zur Erstellung der heutigen historischen Tafeln. Diese Tafeln werden immer im September zum Dorffest an einem geschichtsträchtigen Gebäude angebracht. Dieses geschah bis heute 34 Mal.

In den 80er Jahren wurde eine Trachtengruppe im Verein gegründet. Diese Gruppe hatte die Leinewebertracht selbst genäht und bei den Tanzfesten erfolgreich präsen-

tiert. Sie war jeden Samstag / Sonntag für den Heimatverein unterwegs, ein Höhepunkt im Verein. Leider musste die Gruppe aus Altersgründen Anfang 2005 aufhören. Die Tracht dient jetzt noch zur Repräsentation bei Veranstaltungen.

In den Jahren ab 2010 stand die Digitalisierung im Verein im Mittelpunkt. Es wurden Computerkurse angeboten für die Vereinsmitglieder und für interessierte Bürger. Durch diese Kurse konnte die Mitgliederzahl noch einmal erhöht werden, die mit den Jahren gesunken war. Weiter wurde das Jugendprogramm ausgebaut: Es wurden Schulwanderungen mit den Grundschulen im Ort und das „Pickertbacken“ mit Kindern durchgeführt. In den Abendwanderungen wurde den Berufstätigen die Schönheit der Natur/Landschaft in der Abendsonne nähergebracht. Mit verschiedenen Themenwanderungen wie „Kulinarisches aus der Region“, „Musikalisches aus der Region“ oder „Geschichten lesen“ während der Wanderung konnten viele Wandernde begeistert werden.

Eine weitere Neuheit war die Einführung des „Wandelkonzerts“ von einem Musikkonzert zum andern, die in Kirchen stattfinden und mit einer Dorfführung des Heimatvereins verbunden werden. Die Erhaltung der alten Torbögen aus den „Heuerlings Kotten“ und Bauernhäusern ist eine weitere Aufgabe der Heimarbeit. So ist es uns gelungen, alte Torbögen zu restaurieren und diese in ortsansässigen Märkten in den Innenraum zu integrieren und mit den Schülern einer Grundschule das Lebensbild der alten Besitzer zu erarbeiten und zu präsentieren. Ein weiteres Projekt war es, einen Jugendwanderweg anzulegen: Unter dem Motto „Leineweberweg“ wurde der Weg des Bielefelder Leinwebers von Jöllenberg nach Bielefeld nachgestellt und erwandert. Der Leineweberweg wurde mit 400 Wanderern 2014 eingeweiht. Die Wirkungsstätte des Leinwebers ist unser heutiges Heimathaus. Aus den historischen Tafeln an Gebäuden ergab sich ein Flyer für „historische Rundgänge“. Um diese den jüngeren Bürgern näherzubringen, wurden diese digitalisiert und können nun mit dem Handy oder Tablet erwandert werden. Man wird mit dem GPS-Signal bzw. einem GPX-Track durchs Dorf geführt, an den Gebäuden wird dann eine Aufgabe gestellt, die man zu lösen hat. Man könnte das auch eine „Digitale Schnitzeljagd“ nennen.

Für die Zukunft werden wir eine Jugendgruppe mit dem Namen „Jürmker Kinner“ ins Leben rufen. In dieser Jugendgruppe sollen Themenwanderungen, Heimatprojekte, Spiele und vieles mehr durchgeführt werden. Neben der





Jugendarbeit gibt es noch weitere Gruppen, wie eine Foto-/ Archivgruppe, Pflege der plattdeutschen Sprache, die Wegezeichner, die Offene Heimatstube, die Kaffeestube, eine Wander-/ Fahrradgruppe und die Vortragsgruppe „Klönen & Mehr“. Der Heimatverein Jöllenbeck hat einen momentanen Mitgliederstand von 544 Mitgliedern. Die Aufgabe des Heimatvereins ist es, die Bräuche und die geschichtsträchtigen Ereignisse in die heutige Zeit zu integrieren, aber auch neue Wege zu finden, die Natur zu bewahren und das Heutige zu archivieren für unsere Kinder und Enkelkinder.

△ Text und Abbildung: Uwe Biermann



„Tanzen ist wie träumen mit den Füßen“

An mehreren Tagen war das Eifelhaus in Rheinbach fest in der Hand von vierzehn Tanzbegeisterten. Sie trafen sich dort zum Tanzworkshop des Eifel- und Heimatvereins Rheinbach unter der Leitung der Tanztrainerin Nadine Mailänder.

Bei ganz unterschiedlichen tänzerischen Vorerfahrungen wurde zunächst ein einfacher Abschnitt einer Choreografie mit der gesamten Gruppe einstudiert. Schnell gewannen auch die unerfahrenen Tänzerinnen und Tänzer an Sicherheit, sodass nun auch Soloparts von Kleingruppen mit viel Motivation einstudiert wurden.

In Kleingruppen wurde das Erlernte dann geübt, wobei sich die Teilnehmer gegenseitig Tipps zur Verbesserung gaben. Beim Einstudieren des dritten Teils der Choreografie konnten die Teilnehmenden eigene Ideen und Schritte einbringen. So entstand Schritt für Schritt eine perfekte Choreografie.

Am Ende des Workshops standen die „Feinarbeiten“ an. Akrobatische Elemente wurden eingebaut, Aufstellungswechsel wurden besprochen und natürlich geübt, geübt, geübt ...

Dann war es auch schon so weit: Die Eltern, Großeltern, Geschwister und Freund_innen standen vor der Tür und wollten sehen, was die Tanzgruppe auf die Beine gestellt hatte. Die Tänzer_innen lieferten ihrem Publikum eine großartige Show und wurden mit riesigem Beifall belohnt. Tanztrainerin Nadine Mailänder und Jugendwartin Barbara Wüst waren über die gute Resonanz sehr zufrieden und freuten sich, dass Sie mit diesem Angebot auch so viele Jungs angesprochen haben.



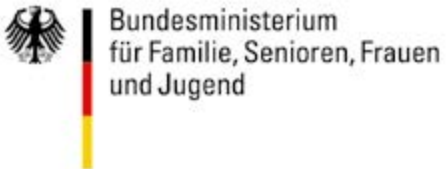
Weitere Informationen zu den Veranstaltungen des Eifelvereins findet Ihr im Internet unter:

<https://www.eifelverein-rheinbach.de/index.php/satzung-2/familien-und-jugendabteilung>

oder bei Instagram: eifeljugendrheinbach

△ Text und Abbildungen: Barbara Wüst

Die WALK & more wird gefördert vom:



OutdoorHandbücher aus dem Conrad Stein Verlag



Mehr Infos unter:
www.conrad-stein-verlag.de

Conrad Stein Verlag GmbH | Kiefernstr. 6 | 59514 Welver | Tel.: 023 84/96 39 12



Die nächste **WALK & more** beschäftigt sich mit dem Thema
„Zeltlager“ und erscheint im September 2019.